

Zuweilen gibt es in der Geschichte kaum etwas Schrecklicheres als das durch nichts zu erschütternde Bewußtsein der eigenen Unschuld.

Walter Scheel

Ein christ-demokratisches Schauspiel

In dieser Zeitschrift ist es nicht üblich, tages- und parteipolitische Vorgänge zu erörtern. Manche Leser werden sich wundern, vielleicht auch ärgern, daß in dieser Ausgabe zwischen Berichten über Religionsbücher, bischöflichen Aussagen über das Verhältnis von Philosophie und Theologie, Berichten über den Stand der Grundwerte-Diskussion, über die Selbstbehauptung der Kirche in Polen und zum Antimodernismus-Feldzug des suspendierten französischen Erzbischofs Lefebvre dem jüngsten und bisher heftigsten Zwist unter den bundesdeutschen Unionsparteien soviel Aufmerksamkeit gewidmet wird. Doch der Beschluß der CSU-Bundestagsabgeordneten vom 19. November in Wildbad Kreuth und das, was vom Beschluß von Kreuth bis zu dessen Rücknahme am 12. Dezember zwischen den bundesdeutschen Christdemokraten folgte, rechtfertigt die Ausnahme.

Denn: erstens stehen wir am *Beginn einer Legislaturperiode*, von der politische Weichenstellungen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte zu erwarten sind. Es kann für niemanden im Lande gleichgültig sein, ob durch begründete oder mutwillige Konsequenzen aus dem knappen Wahlergebnis vom 3. Oktober die im Vergleich zu europäischen Nachbarländern ungewöhnlich stabilen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik durch deren politische Parteien bestätigt oder bestärkt oder in Frage gestellt werden. Ob die Entscheidung von Wildbad Kreuth möglicherweise trotz des späteren Rückziehers den Anfang gesetzt hat für eine Aufsplitterung des Parteienwesens oder ob durch eine Spaltung bzw. Aufsplitterung im Unionsbereich die Alternative für den Regierungswechsel verlorengeht und dadurch für lange Zeit die Regierungsmacht einer Partei oder Parteienkonstellation zementiert wird. Diese Fragen sind für eine noch junge Demokratie inmitten Europas und im unmittelbaren Spannungsfeld zwischen Ost und West im Blick auf das nationale und übernationale Gemeinwohl von keinem geringeren moralischen Rang als die rechtspolitischen Reformen der siebten Legislaturperiode, wenngleich jene dem politischen Raisonement einer vorwiegend kirchlichen Leserschaft näherliegen mag.

Zweitens geht es um die *öffentliche und personelle Selbstdarstellung* von „C“-Parteien, von Parteien also, die sich zu „einer Politik aus christlicher Verantwortung“ bekennen. Auch wenn man solche programmatischen Sätze und Bekenntnisse realistisch nicht wörtlich nimmt und die weiten, beschwerlichen und oft mehr als krummen Wege von der Absicht bis zur Verwirklichung im politischen Alltagsgeschäft in Betracht zieht, so möchte man doch wenigstens wissen, wie ernst die Absicht ist.

Und schließlich drittens: Es kann Beobachtern und Sympathisanten von Parteien, von „C“-Parteien schon gar nicht gleichgültig sein, wohin diese sich entwickeln, wie sich die Gewichte in ihnen gestalten und verlagern und vor allem, ob sie selbst demokratischer Spielregeln in der internen Auseinandersetzung fähig und willens sind. Nicht zum erstenmal – die Strauß-Rede von Sonthofen ist noch in ungueter Erinnerung – kommen aus Straußschen-bayerischen Gefilden Töne, die sowohl wegen der Art politischer Machtausübung wie wegen des Umgangsstils mit politischen Gegnern und Weggefährten daran zweifeln lassen.

Hat sich nach Kreuth nichts geändert?

Nun könnte man sagen, wenigstens die erste Frage habe sich nach der Rücknahme des Beschlusses von Kreuth erledigt; die gemeinsame Fraktion der Unionsparteien sei ja wiederhergestellt, ob im wesentlichen als status quo ante oder, wie es der baden-württembergische Ministerpräsident *Hans Filbinger* vor dem Bundesausschuß der CDU formulierte, als status quo minus, die Union bestehe weiter; am *Parteienspektrum* habe sich nichts geändert; wo sich anderswo Absplitterungen vollziehen, seien dies Randerscheinungen; die innenpolitische Stabilität habe unter dem Kraftakt von Kreuth nicht gelitten, nicht einmal in der Parteienlandschaft habe sich etwas geändert.

Aber hat sich wirklich so wenig geändert? Hat man wochenlang über die Veränderung der Parteienlandschaft ohne jede Folge debattiert? Von der Ausdehnung der CSU

außerhalb Bayerns oder von der Verbindung der bayerischen CSU mit einer deutsch-nationalen Volkspartei im Norden und Nordwesten? Von der Ausdehnung der CDU nach Bayern und möglichen Abspaltungen, die die Trennung der Unionsparteien und deren Konkurrenz gegeneinander möglicherweise in anderen Parteien, auf dem linken und dem rechten Flügel der SPD zufolge haben würde? Von der Lawine, die der Schneeball von Kreuth auslösen würde und die dann, ob von den Urhebern gewollt oder nicht, zur Parteienzersplitterung von Weimar führen könnte?

Sicher werden diese Fragen, die stärker, als sie der Realität entsprochen haben, die *politische Phantasie* anregen, nach der Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU und nach der Absage der Unionsparteien an eine beiderseitige Ausdehnung auf das Bundesgebiet wieder in den Hintergrund rücken. Aber könnten die zunächst eingedämmten oder widerrufenen Folgen nicht schon ihre Eigengesetzlichkeit entwickelt haben?

Einmal ist ja eine zusätzliche Wirkung auf auseinanderstrebende Lager in den anderen Parteien nicht zu übersehen, auch wenn diese durch die Ausübung der Regierungsmacht stärker zusammengehalten werden als die Unionsparteien in der Opposition. Zum anderen ist der Konflikt zwischen den Unionsparteien durch die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft nicht nur nicht beseitigt. Eher wurde er durch die *noch größere oder noch stärker zementierte Eigenständigkeit der CSU innerhalb der „Union“* gleich an mehreren Stellen neu und in erweiterter Form institutionalisiert (Abstimmungsverfahren, Ämterbeteiligung, Strategiekommision, mögliche Verbindungen mit einer „vierten“ oder „fünften“ Partei). Die Pressions- um nicht zu sagen die Erpressungsversuche der Minderheit gegenüber der Mehrheit dürften zunehmen. Wer aber garantiert, daß bei der nächsten *Straußschen* Zumutung die Spaltung in der Union nicht unvermeidlich wird, weil Mehrheiten und Minderheiten in der CDU sich nicht dauernd durch die Minderheitsgruppe der CSU majorisieren lassen können und wollen? Und wer kann abwehren, daß dann das Auseinander und Gegeneinander im Bereich der Union – mit allen Nebenwirkungen auch auf die anderen Parteien – nicht sehr viel unkalkulierbarer vor sich geht, als es nach dem Beschluß von Kreuth wahrscheinlich möglich gewesen wäre? Der jetzige Status eignet sich mehr als ein Programm ständiger Auseinandersetzung denn als Grundlage einer gemeinsamen Politik. Es ist nicht einzusehen, wie so trotz aller großspurigen *Strategiedebatten* eine Politik entwickelt werden soll, der eine Mehrheit der Wähler ihre Zustimmung geben kann.

Wieviel kann dem Wähler zugemutet werden?

Aber selbst angenommen, die Wiederherstellung der gemeinsamen Fraktion erwiese sich als eine „brauchbare und tragfähige Grundlage“ (*Helmut Kohl*) zu gemeinsamer,

wenn deswegen auch noch nicht einheitlicher Politik, man fände zu einer flexibleren Aktionseinheit mit besser verteilten Rollen, und die Führungsprobleme in der Union brächen nicht wieder neu auf, dann bleibt immer noch die Frage, ob die Unionsparteien durch die Straußsche Politik von Sonthofen bis Kreuth und die Wochen danach nicht bereits soviel *Kredit in der Wählerschaft verloren* haben, daß sie das verlorene Terrain in überschaubaren Zeiträumen nicht wieder zurückgewinnen können, es sei denn, es ließen sich die personellen Ursachen des Konfliktes beheben.

Eines ist auf jeden Fall klar: die Wählerschaft der Unionsparteien ist weithin ratlos. Und wenn die Ursachen für den Vertrauensverlust auch eindeutig auf einer Seite liegen, so wird dadurch doch die gesamte Union und ihre Führung in Mitleidenschaft gezogen. Das „politische Potential“ (*Strauß*), das da von einer Seite entfaltet wurde, war in diesem Fall von solcher Qualität, daß es auch jeden, der darauf einen Kompromiß schließt oder durch die politischen Umstände zu einem Kompromiß gezwungen ist, in Mißkredit bringt.

Die Unionsanhänger können sich auch nicht mit dem Hinweis trösten, die Bevölkerung sei über die Koalitionsparteien gleichfalls enttäuscht und habe – siehe Rentenregelung – allen Grund dazu. Denn es könnte auch anders kommen: daß das Vertrauen in die politische Führung insgesamt geschwächt wird und daß eine Zerfaserung an den Parteirändern einsetzt und sich zunächst außerhalb des parlamentarischen Raumes ausbreitet, daß aber in einer zweiten Phase die jetzt bestehenden Parteien in ihrer Substanz und Einheit tangiert werden. Auf jeden Fall ist nicht zu sehen, wie die Unionsparteien unter der gegenwärtigen institutionellen Verklammerung von CDU und CSU und deren aktueller personeller Konstellation noch zu einer Einheit zusammenfinden sollen, ohne dem Eindruck zu entgehen, ständig der Minderheitengruppe CSU unterworfen zu sein, oder ohne daß sich die CDU selbst zu spalten droht. Jedenfalls ist das eine Aufgabe, die selbst von der standhaftesten und flexibelsten politischen Führung nicht zu bewältigen ist, solange für die CSU unter dem Einpeitscher Strauß als gemeinsame Unionspolitik allein Straußsche Taktiken gelten bzw. solange diese sich auf eine Strategie festlegen läßt, die sozial- und gesellschaftspolitisch – wo demnächst der Schwerpunkt innenpolitischer Auseinandersetzung zu suchen ist – kaum konstruktiv agiert und in außen(ost-)politischen Fragen in untauglichen Versuchen der Vergangenheitsbewältigung hängenbleibt. Was bei Zementierung dieses Status quo bestenfalls erhofft werden kann, wäre eine Aufweichung innerhalb der CSU, auch innerhalb der Landesgruppe in Bonn; erst dadurch könnte die Union mehrheitlich wieder genügend Spielraum zurückgewinnen.

Was auf jeden Fall bleibt, ist ein *großes Maß an innerparteilicher Unsicherheit*. Vermutlich wäre im Vergleich dazu die Ausbreitung der CDU nach Bayern mit deutschnationalen CSU-Verbindungen im Norden und Nordwesten im Gefolge nicht nur das geringere Übel, sondern langfri-

stig sogar die bessere Lösung gewesen. Möglicherweise wäre sie es auch im Blick auf die Zukunft des Parteiensystems insgesamt. Eine Stabilisierung auf der Basis von vier oder fünf Parteien wäre immerhin denkbar; und die Aussichten für die CDU waren für einen solchen Fall für alles eher als schlecht beurteilt worden. Vermutlich ließen sich so stufenweise *beide Anomalien* eingrenzen oder aufheben, die Immobilismus in die deutsche Innenpolitik bringen und zugleich die Stabilität des Parteiensystems gefährden. Die erste Anomalie: daß in der Opposition eine Minderheit der Mehrheit stets das Gesetz des Handelns aufzudrängen versucht und damit die Opposition insgesamt ein Erreichen der Mehrheit trotz imponierender bayerischer Ergebnisse hindert, eben weil die bürgerliche Mitte eine Politik Straußscher Prägung ablehnt. Eine zweite Anomalie: daß *eine* Minderheitspartei, die FDP, allein darüber bestimmt, wer regiert. Anstelle der Andeutungen zur Ausschöpfung des ganzen „nichtsozialistischen Wählerpotentials“ unter Deutschnationalen und unter sozialen Demokraten im Fraktionsabkommen der Unionsparteien wäre ein offenes bundesweites Auftreten nebeneinander der ehrlichere Weg gewesen. Nur hätte das in Bayern noch mehr als außerhalb Bayerns zunächst einmal das Ende der „Union“ bedeutet; diesen Preis wollte in Bayern und außerhalb Bayerns niemand bezahlen. Wer aber will ausschließen, daß die Union jetzt nicht noch einen viel höheren Preis zahlen muß: mit der Unmöglichkeit eines Regierungswechsels auf lange Sicht, mit der Perpetuierung sozialdemokratischer Regierungsmacht, mit dem Verlust der durch christlich-konservativ-liberale Sympathiewirkung Kohlscher Prägung größtenteils eben erst zurückgewonnenen wahlentscheidenden Mitte, durch Herbeiführung „schwedischer Verhältnisse“ als Folge Straußscher national-liberaler Obstruktionspolitik mit einer Christlich-Demokratischen Union als Mittel zum Zweck?

Wie christlich ist die CSU?

Damit wären wir beim zweiten: beim *Christlichen*. Strauß spricht gerne von „christlich-europäischem Geschichtsbewußtsein“. Man meint zu ahnen, was darunter zu verstehen ist: eine freiheitliche Politik, die in christlichen Traditionen, besser: im christlichen Menschenbild gründet und die auf aktuelle Weltlage bezogen in allen Belangen strikt antikommunistisch agiert. Nun ist Berufung auf das christliche Menschenbild gut, und in der Abwehr kommunistischer Ideologie und Herrschaft, ob in Sowjet- oder in Euroform, sollen sich gewiß weder christliche Wähler noch christlich firmierende Parteien von irgend jemandem übertreffen lassen. Aber mit bloßem, zudem noch vornehmlich nach innenpolitischen Maßstäben zurechtgeschnittenem Antikommunismus kann kein westlicher Staat seine demokratische Zukunft sichern. Der Hinweis auf die militärisch-politische Gefährdung aus dem Osten und auf die Gefahr der Verharmlosung eines angeblich reformistischen West- oder Eurokommunismus ist zweifellos eine notwendige und gegenwärtig nicht

leichte Aufgabe politischer Aufklärung; auch im Blick auf die Wahrung der Freiheitschancen für das Christentum. Aber die konkrete Sicherung bürgerlicher wie religiöser Freiheit geschieht in der kontinuierlichen politischen Gestaltung des Gemeinwesens, in der Sicherung der Lebenschancen, der Freiheit für den Einzelnen, der Solidarität zugunsten der Schwächeren und der in Gesellschaften des ständigen Wandels jeweils Benachteiligten. Frei abgewandelt nach Kant: *Antikommunismus ohne gesellschaftspolitische Anschauung ist blind*. Mit ziemlich blindem Sarkasmus hat Strauß aber alle Versuche einer *originären* Gesellschaftspolitik der Union („Neue Soziale Fragen“) bedacht. Christlich ist ein *solcher* Antikommunismus gewiß nicht, trotz der Berufung auf das christlich-europäische Geschichtsbewußtsein.

Aber davon abgesehen: wenn schon Politiker und Parteien das Attribut „Christlich“ im Namen führen, erwarten christliche Wähler von ihnen mindestens ein ebenso *humanes Maßhalten im Umgang mit der Macht*, wie es jeder demokratische Wähler von jedem politischen Mandatsträger erwarten darf, und natürlich auch ein *Minimum an Stil und Respekt im Umgang mit politischen Gefährten und Konkurrenten*. Beides muß man in der CSU-Führung vergeblich suchen. Nichts ist dagegen einzuwenden, daß Politiker die Macht und den Einfluß, den sie durch Mandat und persönliche Stellung zum Nutzen des Ganzen, zum Vorteil einer Partei, deren Ziele sie vertreten, und auch zum eigenen Vorteil im Erstreben von Ämtern nutzen. Aber was Strauß Freunden und Feinden vorführt, ist ein Machtspiel als politisches *l'art pour l'art*. Negativ könnte man auch sagen, Destruktionspolitik um ihrer selbst willen, als ob er sich im politischen Verwirrspiel um eine rücksichtslose Demontage aller, die nicht restlos seine Meinung teilen, erst eigene Größe beweisen müßte. „Ethische“ Bedenken (man vergleiche Straußens Äußerungen zu seinem Urteil über Helmut Kohl vor der Jungen Union Bayerns im Fernsehen) scheinen sich nur zu regen, wenn andere sein „Denken“, seine Sprache und seine Absichten etwas anders an die Öffentlichkeit bringen, als es gerade gelegen kommt.

Im übrigen: wenn man schon *christlich* firmiert, mit Bekennermut oder verschämt, weil man nun einmal „christliche Tradition“ und „christliches Geschichtsbewußtsein“ als Ferment für den Aufbau und den Zusammenhalt und das Wirken einer Partei braucht, dann kann es christlichen Wählern nicht gleichgültig sein, wie dieses „Christlich“ interpretiert wird: christlich-sozial, liberal, deutsch-national oder nationalistisch-autoritär. Wenn man sich schon so resolut mit bayerisch-europäischem Geschichtsbewußtsein auf Deutschnationalen zubewegt, dann soll man das auch so nennen und ein alt-nationalistisches Ethos (es gibt auch Neonationalisten im Koalitionslager: siehe Ostpolitik!) nicht mit einem christlichen verwechseln. Wenn man sozialistisch-marxistischen Bewegungen zu Recht vorwirft, sie mißbrauchten christliches Gedankengut, oder diese tadelt, sie ließen sich durch Mar-

xisten ideologisch mißbrauchen, dann soll man gegenüber dem *rechten Teil des ideologischen Spektrums* keine grundlegend anderen Maßstäbe anlegen. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß es, wie auf der letzten Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ZdK festgestellt wurde, bei Trennung der Unionsparteien schwerer werde, „katholische Anliegen in den politischen Raum hinein zu vermitteln oder dort durchzusetzen“, entscheidend ist die Glaubwürdigkeit des Christlichen in einer Partei, und zwar Glaubwürdigkeit nicht nur im Programm, sondern in der Gestaltung politischer Ziele und Mittel und im Verhalten des Führungspersonals.

Führungsaufträge können zurückgenommen werden

Aber – und damit sind wir beim Dritten und Letzten – es ist nicht nur die Glaubwürdigkeit des Christlichen in den Unionsparteien angesprochen, es geht noch mehr um die *demokratische Glaubwürdigkeit* der CSU und ihrer Führung. Was da programmatisch (teils an der Stelle von christlich) als „freiheitlich“ verkündet wird (vgl. das Interview von Strauß mit der „Welt“ vom 16. 12. 76), ist in der politischen Praxis – die Vorgänge nach Kreuth haben es wieder deutlich gezeigt – autoritäre Ein-Mann-Herrschaft mit Hilfe von treu ergebenden Vasallen, deren Interessen sich mit den Interessen des Vorsitzenden decken. Unter solchen Verhältnissen nimmt es nicht einmal mehr wunder, wenn notfalls selbst Vereinbarungen und Verträge einen entgegenstehenden Beschluß (gemeint ist der von

Kreuth) nicht aufheben, sondern nur „überlagern“ (vgl. die Auslassungen des „Bayernkuriers“ vom 16. 12. 76). Geschäftsgrundlagen scheinen da jederzeit mobil zu sein; das „imperative Mandat“, das es laut Strauß „bei uns nicht gibt“, wird zwar dem politischen Gegner zum Vorwurf gemacht, bei sich selbst aber in jeder Richtung (einmal gegenüber der bayerischen Landesregierung, einmal gegenüber dem größeren Partner in der Union, einmal durch die Partei gegenüber dem Parlament, ein andermal durch die Landesgruppe gegenüber der Partei) ausgeübt. Mit Strauß verfügt die CSU über keinen einwandfreien demokratischen Akzent. Das wird sich nicht nur über christlich-liberale Wähler auf die ganze Union nachhaltig negativ auswirken.

Nun heißt es immer wieder, das alles sei ein persönliches Problem des Vorsitzenden der CSU, seiner bajuwarisch-barocken Kraftnatur. Die Partei sei anders, und das trifft in Maßen sicher auch zu. Doch in demokratischen Staaten und Parteien existieren und rechtfertigen Parteiführer sich nicht jenseits der Partei. Sie erhalten von ihr einen Führungsauftrag. Dieser kann oder muß, wenn es um die eigene Glaubwürdigkeit geht, auch zurückgenommen werden. Denn wer ihre Führer gewähren läßt, stimmt ihnen vor der Öffentlichkeit zu und hat sich dafür zu verantworten. Gegebenenfalls wird der Zustand einer Partei selbst daran gemessen, wieweit diese sich gegen eine nach demokratischen Regeln irritierende Führung durchzusetzen bereit oder in der Lage ist. Eine CSU jedenfalls, die sich jetzt nicht auf sich selbst besinnt, wird nach Strauß nicht mehr zu retten sein.

D. A. Seeber

Vorgänge

Nach der Synode Gemeinsame Konferenz

„Kirchliche Aufgaben auf überdiözesaner Ebene in der Bundesrepublik Deutschland, die sich dem Leitungsamt – vertreten durch die Deutsche Bischofskonferenz – und den freien Laieninitiativen – vertreten durch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken – gemeinsam stellen, werden durch die ‚Gemeinsame Konferenz‘ beraten.“ So lautet ein Abschnitt in dem von der Gemeinsamen Synode auf der Vollversammlung im Mai 1975 verabschiedeten Beschluß über die

„Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ (vgl. HK, Juni 1975, 291 f.). Es dauerte nach Abschluß der Synode ein ganzes Jahr, bis sich die Gemeinsame Konferenz auf einer ersten Sitzung in Würzburg am 22. November 1976 konstituierte.

Auf der Synode selbst war die Begeisterung über das neu zu schaffende Gremium keineswegs auf allen Seiten groß gewesen. Denn da und dort ver-

mutete man darin den Versuch, die Bestrebungen, die auf eine wie auch immer geartete Weiterführung des synodalen Prinzips hinausliefen, auf möglichst geräuschlose Weise zu kanalisieren. Umstritten war auf der Synode auch, wer den *Vorsitz* in der Konferenz führen sollte. War zunächst vorgesehen, daß es keinen klassischen Vorsitzenden geben, sondern die Leitung beim Vorsitzenden der Bischofskonferenz und dem Präsidenten des Zentralkomitees gemeinsam liegen sollte, so wollten in der Schlußphase die Bischöfe durch einen Änderungsantrag den Vorsitz doch noch der Bischofs-